

Jetzt droht Scherbenhaufen

OPEL Merkel & Co auf Verliererstraße / GM-Bosse schieben Entscheidung auf die lange Bank

Von
Tim Braune

BERLIN. Die Kanzlerin fährt im politischen Geschäft gerne auf Sicht. Das Prinzip kennt jeder aus der Fahrschule. Das Sichtfahrgebot verlangt von einem Kraftfahrer, seine Geschwindigkeit immer den äußeren Umständen anzupassen, um rechtzeitig vor einem Hindernis anhalten zu können. Angela Merkel hat das in ihrer vierjährigen Kanzlerschaft oft erfolgreich vorgemacht.

Schlechte Karten für Magna

In der Bankenkrise beobachtete sie lange, um dann mit der Staatsgarantie für alle Sparer möglichst viel politisches Kapital daraus zu schlagen. Bei Opel scheint das Navigationsgerät im Kanzleramt aber den falschen Weg gewiesen zu haben: Statt als Opel-Retter im Wahlkampf durchzustarten, droht wegen der frühen Festlegung auf den Bieter Magna in den Verhandlungen mit General Motors (GM) die Sackgasse. Es galt im Vorfeld einer zweitägigen Klausur der GM-Bosse als sehr unwahrscheinlich, dass diese sich anschließend in Berlin melden und das von Merkel favorisierte Konsortium Magna/Sberbank zum Sieger küren.

Der wiedererstartete Autokonzern, der mit vielen US-Steuermilliarden in nur 40 Tagen aus dem Insolvenzverfahren kam, will sein europäisches Opel-Geschäft wohl behalten und aus eigener Kraft sanieren.

In normalen Zeiten wäre das kein Aufreger. GM hat als Ei-



Durchhalteparolen vor dem Bochumer Werk. Bisher noch kein positives Signal von GM.

Foto: dpa

gentümer das gute Recht, seine Meinung zu ändern und den Verkaufsprozess abzublasen. Die Manager des Detroit Autorities sind allein dazu verpflichtet, das Beste für ihre Aktionäre herauszuholen.

Fällt Magna durch, wäre für die Bundesregierung der Flurschaden drei Wochen vor der Bundestagswahl jedoch groß.

Zehntausenden Beschäftigten und der Öffentlichkeit wurde monatelang mit nächtlichen Krisengipfeln und flammenden Reden vor den Werkstoren

suggestiert, das Schicksal von Opel liege in der Hand zupackender Krisenmanager von CDU, CSU und SPD. Die Kanzlerin steht dabei besonders im Fokus, weil sie Opel früh zur Chefsache machte und mit Macht für Magna warb.

Schon Mitte November signalisierte Merkel nach einem ersten Treffen mit Opel-Managern, dass der Bund den Rüsselsheimer Autobauer nicht hängenlassen wird.

Damals war von einer Bürgerschaft über gut eine Milliarde

Euro die Rede. Inzwischen sind es 4,5 Milliarden Euro. Auch das Arbeitsplatz-Argument der Politiker im Opel-Poker ist diskutabel. Opel darf nicht untergehen, weil insgesamt rund 25 000 Menschen arbeitslos und den Staat Milliarden an Sozialleistungen kosten würden.

Zum Vergleich: Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise sind rund 1,4 Millionen Arbeitnehmer in Kurzarbeit, rund eine halbe Million Menschen arbeitslos geworden.

Autohersteller erneut im Minus

TALFAHRT Daimler, BMW und Audi auch im August mit sinkenden Absatzzahlen

MÜNCHEN (dpa). Die Tal-
fahrt von Daimler, BMW und
Audi hat sich auch im August
fortgesetzt. Alle drei Hersteller

ab. Nun bleibt die Hoffnung
auf eine gute IAA (17. bis 27.
September) und Impulse durch
neue Modelle.

schlug sich mit einem Minus
von 9,7 Prozent auf 91 790
Fahrzeuge vergleichsweise so-
lidi. In den ersten acht Mona-

Schwach schnitten der Hei-
matmarkt und das europäische
Ausland ab. Rund liefen die
Geschäfte in Asien. Das Ab-

„C
ST
MAINZ
Investitio
Bildung:
land-Pfal
nur ein I
dem Kor
kunftsträ
Dies geht
die der
gesellsch
in Auftra
tiative N
wirtschaft
Beide L
Bundestr
zent der
Euro Ko
den von
„nur“ zu
eingesetz
von Schu
Nach Au
ter wird e
Energieef
schutz in
ße hinge
Gesundh
tionstech
Ausbau
gung. Faz
Klaus Zin
Gips statt

DIE
Konsuma
Nahrungs
Frei
Ein
B